

Kurzanalyse 07 NOV 2023

Vom Stabilitätsanker zum Krisen-Hotspot: Hintergründe und Konsequenzen des Militärputsches in Niger

Lisa Tschörner

Als letztes Land im zentralen Sahel mit einer demokratisch legitimierten Regierung galt Niger bis zum 26. Juli 2023 als Stabilitätsanker in einer von Krisen erschütterten Region. Deutschland und andere westliche Partner engagierten sich daher in den letzten Jahren verstärkt in der Ertüchtigung von Nigers Armee, um diese im Kampf gegen dschihadistische Gruppen zu unterstützen. Nun hat sich nach Mali und Burkina Faso auch in Niger die vom Westen ausgebildete Armee an die Macht geputscht – und findet dafür Rückhalt in großen Teilen der Bevölkerung. Spannungen im Umgang mit der Sicherheitskrise sowie ein Legitimationsdefizit der Regierung haben den Staatsstreich begünstigt und zu seinem Erfolg beigetragen. Um einer weiteren Destabilisierung der Region entgegenzuwirken, sollte sich Deutschland für eine verhandelte Beilegung der Krise einsetzen, auch wenn damit politische Zugeständnisse an die Putschisten unvermeidbar sind.

Am Morgen des 26. Juli 2023 wurde Nigers Präsident Mohamed Bazoum von seiner Präsidialgarde am Verlassen des Präsidentenpalasts gehindert. Was zunächst vom Präsidentialamt in den sozialen Medien als „anti-republikanische Laune“ der militärischen Eliteeinheit bezeichnet wurde, entwickelte sich am Ende desselben Tags zu einem Putsch. Eine zehnköpfige Gruppe hochrangiger Militärs unter dem Namen „Conseil national pour la sauvegarde de la patrie (CNSP)“¹ erklärte im nationalen Fernsehen die Regierung für abgesetzt. Als Grund nannte sie die kontinuierliche Verschlechterung der Sicherheitslage sowie eine unzulängliche wirtschaftliche und soziale Regierungsführung.

Seit der Unabhängigkeit Nigers von der einstigen Kolonialmacht Frankreich im Jahr 1960 hat das Militär die politische Geschichte des Landes mitgeprägt. Innenpolitische Krisen bildeten dabei in der Vergangenheit die Ausgangslage für ein Eingreifen des Militärs.² Erst 2010 stürzte die Armee den damaligen Präsidenten Mamadou Tandja, nachdem dieser eine verfassungswidrige dritte Amtszeit hatte erzwingen wollen. Der Putsch bereitete damals den Weg für einen demokratischen Neuanfang.

¹ Auf Deutsch: Nationaler Rat zur Rettung des Vaterlandes.

² Kimba Idrissa, *Armée et Politique au Niger* (CODESRIA, 2008), 4.

Doch auch mit der Wahl von Mahamadou Issoufou 2011 und dem ersten demokratischen Regierungswechsel des Landes im Jahr 2021, durch den Issoufous langjähriger Parteifreund Mohamed Bazoum als Präsident bestätigt wurde, war die Gefahr der Militärputsche nicht gebannt. Trotz regelmäßiger Personalrotationen innerhalb der Militärelite wurden sowohl während der Präsidentschaft Issoufous als auch unter Bazoum mehrere Putschversuche vereitelt.³ Dennoch kam der Staatsstreich am 26. Juli 2023 für viele Beobachter*innen überraschend, da ihm weder Massenproteste vorausgegangen waren, wie etwa vor der Machtübernahme des Militärs in Mali im Jahr 2020, noch die Armee kurz zuvor schwere Verluste erlitten hatte, wie in Burkina Faso 2022.

Was genau den jüngsten Militärputsch in Niger ausgelöst hat, ist bisher nicht abschließend geklärt. Nigrische und internationale Beobachter*innen sind sich jedoch einig, dass der Putsch von Brigadegeneral Abdourahmane Tiani initiiert wurde. Als Chef der Präsidentschutzgarde sollte er laut einigen Berichten am folgenden Tag entlassen werden. Andere Quellen hingegen verweisen auf Streitigkeiten zwischen Bazoum und Tiani über das Budget der Präsidentschutzgarde. Fest steht, dass der Präsident dabei war, Teile der Militärführung zu erneuern – sei es durch Versetzung ins Ausland wie im Falle des erst im März als außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter in die Vereinigten Arabischen Emirate entsandten Generalstabschefs Salifou Modi, der nun als Nummer zwei der Junta gilt, sei es durch die Pensionierung weiterer Generäle. Viel Raum für Spekulationen über eine mögliche Verstrickung von Bazoums Vorgänger Issoufou lassen darüber hinaus Tianis Nähe zu diesem, Issoufous unklare Haltung während des Putsches und danach sowie die Rolle seines Sohnes im florierenden Erdölsektor, den Bazoum Berichten zufolge umstrukturieren wollte.⁴

Was vermutlich als Ad-hoc-Revolution der Präsidentschutzgarde begann, die von Partikularinteressen innerhalb der politisch-militärischen Elite getrieben wurde, konnte allerdings erst durch die geschlossene Unterstützung des Militärs sowie den massiven Zuspruch seitens der Bevölkerung zu einem erfolgreichen Umsturz werden.

Innenpolitische Spannungen im Umgang mit der Sicherheitskrise

Auch wenn sich die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte laut Generalstabschef Abdou Sidikou Issa hinter die Putschisten gestellt haben, um ein Blutvergießen zu verhindern, war es zweifellos entscheidend für ihre Einigkeit, dass das Verhältnis zwischen Bazoum und dem Militär offenkundig schon länger angespannt war. Differenzen gab es vornehmlich über den Umgang mit der Sicherheitskrise.⁵ Angesichts der wachsenden Bedrohung durch dschihadistische Gewalt hatte sich Bazoum schon zu seiner Zeit als Innenminister dafür eingesetzt, Dialogformate mit Gewaltakteuren zu etablieren. Seine Bemühungen stießen besonders in den Reihen des Militärs auf Widerstand. Während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats im Februar 2017 sprach sich die Militärführung gegen Bazoums Vorschlag aus, Gespräche mit lokalen Anführern des sogenannten Islamischen Staats aufzunehmen.⁶

Mit seiner Wahl zum Präsidenten 2021 machte Bazoum den Dialogansatz jedoch zum Programm einer politischen Konfliktlösungsstrategie, die komplementär zu militärischen

³ Rahmane Idrissa, „Notes sur un putsch“, *La Gazette Perpendiculaire* (Blog), 28. Juli 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

⁴ Gilles Yabi, *The Niger Coup's Outsized Global Impact* (Washington, D.C.: The Carnegie Endowment for International Peace, 31. August 2023), letzter Zugriff 14. November 2023.

⁵ Rahmane Idrissa, „Rule by Junta“, *Sidecar* (Blog), 7. August 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

⁶ International Crisis Group, *Sidelining the Islamic State in Niger's Tillabery* (International Crisis Group, 3. Juni 2020), 18, letzter Zugriff 14. November 2023.

Interventionen gedacht war. Seine Politik der „ausgestreckten Hand“ hatte zum Ziel, Gesprächskanäle zu dschihadistischen Gruppen aufzubauen, nigrische Kombattanten zu demobilisieren und zu reintegrieren sowie interkommunale Spannungen mit Hilfe lokaler Mediationsinitiativen abzubauen.⁷ Zwar ist die Gewalt gegen Sicherheitskräfte und die Bevölkerung seit 2021 massiv zurückgegangen.⁸ Dennoch kritisierten Teile der Opposition die Dialoginitiativen schnell als Zeichen der Schwäche der Regierung, die nicht in der Lage sei, die Sicherheit ihrer Bürger*innen zu garantieren.

Auch in Militärkreisen wurde der Ansatz weiterhin als Problem wahrgenommen. Gerade angesichts der Tatsache, dass die Armee noch nie so gut ausgestattet war wie in den letzten Jahren, sah die Militärführung ihren operativen Spielraum durch Bazoums Dialoginitiativen eingeschränkt. In einem Gespräch, das im Februar 2023 in Niamey geführt wurde, beschuldigte ein Interviewpartner aus nigrischen Sicherheitskreisen den Präsidenten, durch Verhandlungen und Nichtangriffspakte mit Gewaltakteuren die Zahl der großen Anschläge niedrig halten zu wollen, um die nächsten Wahlen zu gewinnen. In Wahrheit, so die Kritik, profitierten dschihadistische Gruppen jedoch von den Arrangements, die ihnen ermöglichten, sich auf nigrischem Boden frei zu bewegen, neue Mitglieder zu rekrutieren und sich mit Material auszustatten. Lediglich ihre Anschläge verübten sie auf der anderen Seite der Grenze, in Mali.⁹ Zudem wurde es in Militärkreisen, aber auch in der Öffentlichkeit als Hohn empfunden, dass Bazoum offen zugab, im Rahmen der Politik der „ausgestreckten Hand“ auch Gefangene freigelassen und sie zu Gesprächen im Präsidentenpalast empfangen zu haben,¹⁰ oder dass er jüngst in einem Interview „Terroristen“ als „stärker und kampferprobter“ als die Armee bezeichnete.¹¹

Einen weiteren strategischen Fehler sah die Militärführung in Anbetracht der regionalen Dimension der Gewalt auch in Bazoums ablehnender Haltung gegenüber den Militärregierungen in Mali und Burkina Faso, die eine militärische Kooperation erschwerte. Zwar fanden auf operativer Ebene einige gemeinsame Manöver mit der Armee Burkina Fasos statt, wie im Rahmen der Operationen „Taanli“ (Juni 2021, November/Dezember 2021, April 2022) und „Koural“ (Juni bis Juli 2022). Und auch mit Mali gab es im Frühjahr 2023 wieder eine erste militärische Annäherung, nachdem Terroristen im Februar 2023 nigrische Sicherheitskräfte in Intagamey angegriffen hatten.¹² Den Ausbau eines länderübergreifenden Ansatzes verhin-derten jedoch Malis Zusammenarbeit mit der Söldnergruppe Wagner sowie die Verlegung französischer Truppen nach Niger infolge des Abzugs der Operation Barkhane aus Mali im Sommer 2022.

Erst im März 2023 hatte sich Generalstabschef Modi zu Gesprächen mit der malischen Junta getroffen. Nur wenige Wochen später wurde er ohne Angabe von Gründen seines Amtes enthoben. Das deuten nun viele als Zeichen für sich zuspitzende Differenzen zwischen der Militärführung und Bazoum darüber, ob und inwieweit die Kooperation mit den Nachbarländern weiter vertieft werden sollte. Schließlich reiste Modi gleich eine Woche nach dem Putsch erneut nach Bamako, wo er sich auch mit einem Vertreter der Gruppe Wagner getroffen haben soll.¹³ Außerdem mehrten sich in den Reihen des nigrischen Militärs

⁷ Hannah Rae Armstrong, *Comprendre l'accalmie: une reprise en main du Nord-Tillabéri au Niger* (Bamako: Konrad Adenauer Stiftung (KAS), 2023), letzter Zugriff 14. November 2023.

⁸ Héni Nsaibia, „Fact Sheet: Military Coup in Niger“, *ACLEDA*, 3. August 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

⁹ Interview Mitglied nigrische Sicherheitskräfte, Niamey, Februar 2023.

¹⁰ „Niger: Mohamed Bazoum libère des « terroristes » en vue d'ouvrir le dialogue“, *Jeune Afrique*, 27. Februar 2022, letzter Zugriff 14. November 2023.

¹¹ François Soudan, „Mohamed Bazoum : « Armer les civils pour combattre les terroristes est une tragique erreur »“, *Jeune Afrique*, 26. Mai 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

¹² Bei dem Angriff in Intagamey, in der an der Grenze zu Mali gelegenen Tillabéri Region, zu dem sich der Islamische Staat bekannte, kamen offiziellen Angaben zufolge 17 nigrische Soldaten ums Leben.

¹³ Simone Schindwein, „Unterstützt Wagner bald die neue Junta im Niger?“, *n-tv.de*, 8. August 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

antifranzösische Ressentiments. Sie erschwerten die von Bazoum ausgebaute militärische Kooperation mit Frankreich und trugen zu dessen zunehmender Unpopularität in Militärkreisen bei.¹⁴ Frankreich wurde beispielsweise vorgeworfen, trotz Neuausrichtung der Zusammenarbeit in Niger Militäroperationen weiterhin unabgestimmt und eigenmächtig durchzuführen.

Vor diesem Hintergrund wachsender Spannungen erstaunt es nicht, dass General Tiani in seiner ersten Rede als Präsident des CNSP den Militärputsch sowohl mit Bazoums Politik der „ausgestreckten Hand“ als auch mit dem Fehlen einer regional ausgerichteten Sicherheitspolitik rechtfertigte. Er konnte darauf zählen, dass sein Narrativ sowohl in Sicherheitskreisen als auch in der Bevölkerung auf großen Zuspruch stoßen würde.

Legitimationsdefizite der Regierung Bazoum

Ähnlich wie nach den jüngsten Putschen in Mali und Burkina Faso strömten auch in Niamey sowie in einigen regionalen Zentren nach der Machtübernahme des Militärs tausende Sympathisant*innen auf die Straßen. In Niamey griffen Protestierende in der Folge die französische Botschaft sowie die Parteizentrale der Regierungspartei PNDS-Tarayya an. Auch in den ländlichen Regionen beschreiben Bewohner*innen den Rückhalt für die Putschisten als hoch.

Für den nigrischen Politikwissenschaftler Abdourahmane Idrissa markiert der Staatsstreich daher nicht nur das gewaltsame Ende der Demokratie, sondern ist vielmehr als Ausdruck einer gescheiterten Demokratie zu verstehen.¹⁵ Die Wahl Bazoums 2021 wurde zwar international – trotz mutmaßlicher Unregelmäßigkeiten – als erster demokratischer Regierungswechsel in der Geschichte des Landes gefeiert. Betrugsvorwürfe und gewaltsame Proteste in mehreren Städten begleiteten jedoch die Verkündung der Wahlergebnisse.

Dass diese Proteste schnell verstummten, lag einerseits an der erfolgreichen Kooptierung einer zersplitterten Opposition durch die großzügige Vergabe von Ministerial- und Beratungsposten. Andererseits setzte auch Bazoum wie schon sein Vorgänger und Parteifreund Issoufou auf Repression gegen Regierungskritiker*innen. So wurde im Februar 2022 ein Dekret erlassen, das durch bürokratische Hürden die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) erschwerte und eine Ausrichtung von Programmen an den Prioritäten der Regierung forderte. Der im Juni 2022 veröffentlichte Bericht eines Zusammenschlusses nigrischer NGOs dokumentiert zudem das Verbot zahlreicher geplanter Demonstrationen sowie die Inhaftierung regierungskritischer Journalist*innen und Aktivist*innen.¹⁶

Bazoum, studierter Philosoph und seit seiner Jugend an der Seite von Issoufou in der nigrischen Demokratiebewegung engagiert, versprach mit seinem Amtsantritt eigene politische Akzente, wie den Kampf gegen Korruption und mehr Inklusion im Bildungssystem. In Niger sahen ihn viele aber lediglich als Handlanger seines Vorgängers – und damit auch als Teil einer korrumpierten politischen Elite. „Guri-System“ (abgeleitet von einer Wahlkampfparole Issoufous und vom Hausa-Wort für „Wunsch“) nennen nigrische Kritiker*innen die von Issoufou etablierte Regierungsform: Dieser hatte zwar zunächst mehr Demokratie versprochen, tatsächlich aber ein Quasi-Einparteiensystem errichtet, das sowohl die öffentliche Verwaltung als auch die Justiz weitgehend politisierte.¹⁷

¹⁴ Rémi Carayol, „Aveugle, sourde aux critiques et inaudible : les trois handicaps de la France au Niger“, *Mediapart*, 2. August 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

¹⁵ Idrissa, „Le coup d’État bloqué“.

¹⁶ Amnesty International, *Niger: Conviction of investigative journalists marks deepening repression of media freedom* (Amnesty International, 13. Januar 2022), letzter Zugriff 14. November 2023.

¹⁷ Idrissa, „Rule by Junta“.

Deutlich wurde diese Wahrnehmung vor allem in der Korruptionsbekämpfung, wo Kritiker*innen Bazoums politischen Gestaltungsspielraum trotz guter Absichten als stark eingeschränkt sahen. Zivilgesellschaftliche Organisationen bemängelten insbesondere die unzulängliche Aufarbeitung eines Falls mutmaßlicher massiver Hinterziehung von Staatsgeldern im Zusammenhang mit Waffenkäufen unter der Regierung Issoufou.¹⁸ Zweifel an Bazoums politischen Prioritäten für seine Regierungszeit wurden aber auch im Bereich der Bildungspolitik laut. Mehrere tragische Fälle von Bränden in Schulen aus Strohkonstruktionen lenkten den Blick der Öffentlichkeit auf die ungenügende Infrastruktur des Bildungssystems, das Bazoum in seiner Antrittsrede radikal zu verändern versprochen hatte. In konservativ und religiös geprägten Teilen der Gesellschaft sorgten hingegen Positionierungen des Präsidenten zur weithin praktizierten Polygamie für Empörung, da er sie als Ursache von Bevölkerungswachstum und Armut angeprangert hatte.

Eine neue Welle des Unmuts, welche die angestaute Frustration der Bevölkerung kanalisierte, entstand im Kontext des Abzugs der Operation Barkhane aus Mali im Sommer 2022 und der Verlegung französischer Truppen nach Niger. Schon im November 2021 hatten Demonstrant*innen in Téra versucht, einen französischen Militärkonvoi zu blockieren. Dabei wurden drei Menschen getötet. Einer Umfrage von Afrobarometer vom Juni 2022 zufolge sprachen sich 64 Prozent der Bevölkerung gegen externe Militärinterventionen in Niger aus, lediglich 6 Prozent bewerteten die Militärhilfe Frankreichs und der EU als wünschenswert.¹⁹ Am 3. August 2022, dem 62. Jahrestags der Unabhängigkeit Nigers, gründeten zivilgesellschaftliche Organisationen die Bewegung M62, eine Ad-hoc-Koalition, die den Abzug der französischen Armee forderte. Bis auf eine genehmigte Demonstration im September 2022 unterdrückte die Regierung jedoch den Protest der Koalition. Ihr Anführer Abdoulaye Seydou wurde im April 2023 wegen Störung der öffentlichen Ordnung zu einer neunmonatigen Haftstrafe verurteilt.

Auch wenn der Rückgang der Zahl dschihadistischer Anschläge oder die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage eine positive Regierungsbilanz Bazoums nahelegen – Zahlen und Statistiken verhalfen der Regierung letztlich nicht zum notwendigen Zuspruch der Bevölkerung.

Ähnlich wie in den Nachbarländern instrumentalisierte auch Nigers Militärjunta nach dem Putsch die massive Unzufriedenheit in der Bevölkerung, um sich Rückhalt und Legitimität zu verschaffen. Insbesondere in Niamey, der traditionellen Hochburg der Opposition, nutzten die neuen Machthaber das Mobilisierungspotential von M62 und anderer einflussreicher zivilgesellschaftlicher Akteure. Kurz nach dem Staatsstreich sprach ein Berufungsgericht M62-Anführer Seydou frei. Eine von PNDS-Tarayya-Anhänger*innen organisierte Demonstration hingegen, die noch am Tag des Putsches vor dem Präsidentenpalast die Freilassung Bazoums forderte, wurde von der Präsidialgarde mit Warnschüssen auseinandergetrieben. Ausschlaggebend für den anhaltenden Protest der Bevölkerung war die Reaktion der westafrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS auf den Putsch sowie deren Unterstützung durch Frankreich und andere internationale Partner.

¹⁸ Mark Anderson, Khadija Sharife und Nathalie Prevost, *How a Notorious Arms Dealer Hijacked Niger's Budget and Bought Weapons From Russia* (OCCRP, 6. August 2020), letzter Zugriff 14. November 2023; Tournons La Page (TLP), *Niger. Civic space on the verge of extinction* (Tournons La Page, Juni 2023), 42, letzter Zugriff 14. November 2023.

¹⁹ Mahamne Tahirou Ali Bako, *AD653: Terrorisme : Les Nigériens sont satisfaits de l'implication de leur armée et ne veulent pas de l'aide d'une armée étrangère* (Niger: Afrobarometer, 18. Juni 2023), letzter Zugriff 14. November 2023.

Der eine Putsch zu viel

Entgegen dem eingespielten Protokoll aus Suspendierung, Sanktionen und der Einigung auf eine Übergangszeit, wie im Falle der jüngsten Militärputsche in der Region, reagierte die ECOWAS in Niger drastischer. Neben scharfen Wirtschaftssanktionen drohte die Regionalorganisation unmittelbar nach dem Putsch mit einer militärischen Intervention, sollte Bazoum nicht innerhalb einer Woche in seine Funktion als Präsident des Landes zurückkehren. Nigers westliche Partner Frankreich, Deutschland, die EU und die USA befürworteten die Reaktion der ECOWAS, setzten ihrerseits die Budget- und Entwicklungshilfe sowie die Kooperation im Sicherheitssektor aus und evakuierten zügig ihre Staatsangehörigen. Vor allem zwischen der Militärjunta und Frankreich, das in Niger rund 1.500 Soldaten stationiert hat, verschärfte sich der Ton. Beispielsweise drohte Paris im Anschluss an gewaltsame Proteste vor der französischen Botschaft am 30. Juli 2023 unverzüglich mit entschlossenen Reaktionen, sollten seine Interessen im Land gefährdet werden.

Mehrere Faktoren erklären die rasante Eskalationsdynamik. Zu nennen wäre zunächst der Umstand, dass die ECOWAS im Juli 2023 Nigerias Staatsoberhaupt Bola Tinubu zu ihrem Präsidenten gewählt und sich in der Folge einem Kurswechsel verschrieben hatte, um entschiedener gegen Autokratisierungstendenzen in der Region vorzugehen. Nigers Militärputsch, so ließen mehrere westafrikanische Regierungsmitglieder verlauten, war vor diesem Hintergrund der eine Putsch zu viel, der nicht ohne Konsequenzen bleiben durfte. Angesichts der ungeplant wirkenden Anfänge des Staatsstreichs sowie der zunächst unklaren Haltung des nigrischen Militärs scheint es darüber hinaus wahrscheinlich, dass sich die ECOWAS erhoffte, mit einer entschiedenen Reaktion den Putschversuch noch in seinen Anfängen stoppen zu können.²⁰ Das Gegenteil war jedoch der Fall. Verhandlungen zwischen dem CNSP und der ECOWAS scheiterten, ebenso wie Vermittlungsbemühungen durch Tschads Machthaber Mahamat Déby, die USA oder religiöse Führer aus Nordnigeria. Während das Ultimatum der ECOWAS ohne Konsequenzen verstrich, ermöglichte die externe Bedrohungslage es der Junta, ihre Macht zu konsolidieren. Binnen einer Woche verhafteten die Putschisten zahlreiche Mitglieder der alten Regierung, ernannten eine zivil-militärische Übergangsregierung und vertieften ihre Beziehungen zu den Militärregierungen in Mali, Burkina Faso und Guinea.

Zudem befeuerten sowohl die harten Sanktionen, welche die ohnehin prekäre Versorgungslage der Bevölkerung nochmals verschärften, als auch die Sorge vor einem militärischen Eingreifen der ECOWAS die Unterstützung der Bevölkerung für die Putschisten. Zivilgesellschaftliche Initiativen, allen voran M62, riefen zur Bildung „patriotischer Wachen“ auf, die bis heute in den Straßen Niameys nächtliche Checkpoints errichten. Tausende folgten zudem Anfang August einem Aufruf zur Rekrutierung von Freiwilligen für die Verteidigung des Landes.

Ausgebremst wurde die Eskalationsdynamik hingegen durch Widerstand, der sich innerhalb der ECOWAS gegen deren Interventionspläne regte. In Nigeria, das im Falle eines militärischen Einsatzes die meisten Truppen stellen würde, rief der Senat Tinubu dazu auf, politische und diplomatische Mittel im Umgang mit der Krise in Niger zu bevorzugen, und warnte vor den möglichen Folgen einer Militärintervention. Besonders der Norden Nigerias, der mit Niger nicht nur eine gemeinsame Grenze teilt, sondern dessen Bevölkerung auch kulturell und ökonomisch eng mit dem Nachbarland verbunden ist, positionierte sich gegen ein militärisches Eingreifen. ECOWAS-Mitglied Togo engagierte sich darüber hinaus mit

²⁰ Yvan Guichaoua und Nina Wilen, „A coup like no other: Three reasons why the coup in Niger is different from previous coups in the Sahel (and why it's very serious)“, *Democracy In Africa*, August 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

mehreren bilateralen Dialoginitiativen für eine friedliche Beilegung der Krise.²¹ Bereits in der Vergangenheit konnte sich das Land erfolgreich als Vermittler in regionalen Krisen behaupten, wie etwa 2022 bei der Freilassung von 49 Soldaten aus der Elfenbeinküste, die in Mali unter dem Vorwurf, Söldner zu sein, verhaftet worden waren.

Aber auch Nigers nördlicher Nachbar Algerien, der dem Staatenbündnis der ECOWAS nicht angehört und bestrebt ist, seine Rolle als Regionalmacht in Nordafrika und dem Sahel zu konsolidieren, verurteilte die Pläne der Regionalorganisation für ein militärisches Eingreifen scharf und bezeichnete sie als direkte Bedrohung für das eigene Land.²² Gleichzeitig bemühte sich Algerien mit dem Vorschlag einer sechsmonatigen Transitionsphase, an deren Ende demokratische Wahlen organisiert werden sollen, um einen politischen Kompromiss.

Für die ECOWAS scheint Niger folglich zum Testfall geworden zu sein, der nicht nur über die Legitimität der Regierungen ihrer Mitgliedstaaten, sondern auch über den regionalen Einfluss der demokratisch ausgerichteten Regionalorganisation entscheidet. Maßgebend ist vor diesem Hintergrund, inwiefern es Algerien oder Togo gelingen wird, sich erfolgreich als Vermittler der politischen Krise in Niger zu etablieren. Nachdem die Militärjunta in Niamey Algeriens Bemühungen Anfang Oktober abgelehnt hatte, reiste eine nigrische Delegation des CNSP Anfang November nach Lomé und bat Togo darum, als Mediator den Dialog zwischen Niger und der internationalen Gemeinschaft zu begleiten.²³ Auch für Europa und die USA sind die geopolitischen Implikationen des Militärputsches bedeutend. Einerseits droht mit Bazoums Sturz ein wichtiger regionaler Partner im Kampf gegen internationale Terrornetzwerke, organisierte Kriminalität und irreguläre Migration wegzufallen. Andererseits besteht die Sorge vor einer politischen Neuausrichtung Nigers durch eine vertiefte Partnerschaft mit autoritären Regimen wie Russland oder China, wie sie in den Nachbarländern Mali und Burkina Faso zu beobachten ist. Anstatt vor diesem Hintergrund eine abgestimmte diplomatische und deeskalierende Haltung zu vertreten, prägten jedoch divergierende nationale Interessen das Bild. Während Europa bis heute auf einer politischen Unterstützung für die ECOWAS beharrt und eigene Sanktionspläne gegen die Verantwortlichen des Putsches auf den Weg gebracht hat, entschieden sich die USA für einen pragmatischen Umgang mit den Putschisten in Niamey, um sich die Option einer militärischen Kooperation im Antiterrorkampf offenzuhalten. Nach einem wochenlangen Ringen mit der Militärjunta sah sich Paris jedoch gezwungen, dem Abzug seiner Truppen sowie seines Botschafters zuzustimmen. Washington hingegen entsandte zum Unmut Frankreichs eine neue Botschafterin nach Niamey, verlegte seine dort stationierten Soldaten auf einen Luftwaffenstützpunkt im Norden des Landes und nahm die im Rahmen des Antiterrorkampfes durchgeführten Aufklärungsflüge wieder auf.

Ausblick

Nigers Militärputsch vom Juli 2023 ist ein weiterer schwerer Schlag für die Demokratiebewegung in der Sahelregion. Zugleich ist eine Wiedereinsetzung Bazoums und eine Rückkehr zum Status quo ante angesichts der geschlossenen Unterstützung des Militärs für die neuen Machthaber sowie der anhaltenden Massenproteste der Bevölkerung schon lange nicht mehr denkbar. Die jüngste Geschichte der Staatsstriche in der Region zeigt jedoch,

²¹ „Niger: military regime asks Togo to mediate“, *Africanews*, 7. November 2023, letzter Zugriff 15. November 2023.

²² „Algeria proposes transition to resolve Niger crisis“, *Reuters*, 29. August 2023, letzter Zugriff 14. November 2023; Kersten Knipp, „Algeriens komplexes Verhältnis zu den Putschisten im Niger“, *Deutsche Welle*, 8. August 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

²³ „Niger: military regime asks Togo to mediate“.

dass auch Militärregime, die sich an die Macht geputscht haben, sich auf Dauer nicht allein mit populistischen Parolen halten können, wenn sie nicht gleichzeitig Ergebnisse liefern.

Auch in Niger besteht daher die Gefahr einer weiteren Destabilisierung des Landes, wie sie im Anschluss an die Militärputsche in Mali und Burkina Faso zu beobachten war. Ein mögliches Szenario ist daher, dass auch innerhalb der nigrischen Militärführung Spannungen auftreten, die einen Putsch innerhalb des Putsches hervorbringen könnten. Insbesondere die seit Ende Juli von der Koalition M62 geforderte Verhaftung von Issoufou droht zur Streitfrage zu werden, die letztlich den Bruch des CNSP Bündnisses herbeiführen könnte. Denn während auch weite Teile des Militärs in Issoufou die Verkörperung des PNDS-Systems sehen, dem der Putsch ein Ende bereiten sollte, scheint Tiani sich bislang zu weigern, gegen seinen einstigen Schutzherren vorzugehen.²⁴

Aber auch die weiterhin bestehende Bedrohung durch dschihadistische Gruppen könnte eine Absetzung von CNSP-Chef Tiani begründen. Bereits wenige Wochen nach dem Umsturz war ein deutlicher Anstieg dschihadistischer Anschläge zu verzeichnen. Denkbar wäre auch eine identitätspolitisch begründete Spaltung der Armee, bei der die traditionell aus dem Westen stammenden Militärkader um General Modi ihre Position stärken könnten.²⁵

Die Frage nach der zukünftigen außenpolitischen Ausrichtung Nigers könnte ebenfalls zu Konflikten innerhalb des CNSP führen. Während der Ausbau der Militärkooperation mit Mali eine Annäherung an Russland mit sich bringen könnte, scheint das Interesse von Teilen der Junta an einer weiteren Zusammenarbeit mit westlichen Partnern groß.

Zudem besteht die Gefahr, dass Konflikte und Gewalt innerhalb der Gesellschaft zunehmen. Die Selbstverteidigungsmilizen und bewaffneten Bürgerwehren, die in den Einflussgebieten dschihadistischer Gruppen aktiv sind,²⁶ könnten mit der neuen Anschlagswelle an Zulauf gewinnen. In der Folge könnten ethnisch konnotierte Konflikte aufflammen. Unterdessen droht die Mobilmachung der Bevölkerung in der Hauptstadt Niamey eine gewaltsame Eigendynamik zu erzeugen. An den von der Bevölkerung errichteten nächtlichen Checkpoints kam es bereits zu Selbstjustiz, Plünderungen oder sexuellen Übergriffen. PNDS-Tarayya Anhänger*innen riefen zudem in den sozialen Netzwerken zu Gewalt gegen Protestierende auf, die eine Verhaftung Issoufous fordern.

Möglich ist auch, dass der Rückhalt der Bevölkerungsteile, die das Militär derzeit als treibende Kraft des politischen Wandels sehen, mit der Zeit schwindet, sollten sich die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lebensumstände nicht erfüllen. Auf einer Pro-CNSP-Demonstration am 5. September 2023 in Niamey beispielsweise verlangten Taxifahrer eine Senkung der Dieselpreise und griffen damit eine alte politische Forderung wieder auf.²⁷ Besonders groß sind gegenwärtig die Erwartungen an den von den Putschisten angekündigten nationalen Dialogprozess, der während einer dreijährigen Übergangszeit stattfinden soll. Wie vergleichbare Initiativen aus den Nachbarländern zeigen, könnte Nigers Militärregierung aber auch Versprechen der politischen Inklusion und Neuordnung ausnutzen, um ihre Macht abzusichern, etwa durch die Kooptation oppositioneller Kräfte.²⁸ Außerdem zeichnen sich bereits Konflikte um Teilnahme und Repräsentation in den regionalen

²⁴ „Au Niger, l’alliance entre Abdourahamane Tiani et Salifou Mody peut-elle tenir ?“ *Jeune Afrique*, 2. Oktober 23, letzter Zugriff 15. November 2023.

²⁵ Frédéric Bobin, „Au Niger, « les putschistes semblent conscients du caractère inflammable de la question des équilibres ethnorégionaux »“, *Le Monde*, 11. August 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

²⁶ Delina Goxho, „Self-defense Militia Groups in Niger: Risking a Time Bomb“, Policy Brief 17, *Megatrends Afrika* (Berlin: Oktober 2023), letzter Zugriff 14 November 2023. https://www.swp-berlin.org/assets/afrika/publications/policybrief/MTA_PB17_Goxho_Self-Defense_Militias_Niger_2023.pdf.

²⁷ Moussa Tchangari, interviewt von Lisa Tschörner, „Zivilgesellschaftlicher Protest in Niger: „Europa sollte die Meinungen der Bevölkerung ernst nehmen.““, 21. September 2022, *Megatrends Spotlight*, 2022 15, letzter Zugriff 14. November 2023.

²⁸ Wolfram Lacher, „Krisenbehaftete Transition im Tschad“, SWP-Aktuell 2022/A 71 (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 8. November 2022), letzter Zugriff 14. November 2023.

Vorauswahlprozessen ab. Mit Beginn des nationalen Dialogs könnten sich diese Auseinandersetzungen verschärfen. Insbesondere die Tatsache, dass die nach dem Putsch suspendierten politischen Parteien nicht am Dialogprozess teilnehmen dürfen, hat zu Unmut in der Bevölkerung geführt.

Ein weiteres mögliches Szenario wären Spillover-Effekte aus der Wiederaufnahme der Kämpfe zwischen malischen Tuareg-dominierten Separatistengruppen und der malischen Militärjunta. Mit der sogenannten Liptako-Gourma-Charta haben Niger, Mali und Burkina Faso ein neues Militärbündnis gegründet, die Allianz der Sahelstaaten. In der Charta haben sich die Militärjuntas der drei Länder verpflichtet, einander im Falle eines Angriffs auf die Souveränität sowie bei der Bekämpfung von Rebellionen und Terrorismus zu unterstützen.²⁹ Sollte Nigers Armee sich an Gefechten gegen die Separatistengruppen in Mali beteiligen, könnte die vom ehemaligen nigrischen Tuareg-Rebellenführer und späteren Staatsminister Rhissa Ag Boula Anfang August 2023 im europäischen Ausland gegründete Widerstandsbewegung gegen die neuen Machthaber, die derzeit in Niger kaum politische Unterstützung findet, doch noch Aufwind bekommen.³⁰

Um eine weitere Destabilisierung Nigers und der Region zu verhindern und eine Rückkehr zu demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien zu ermöglichen, bleiben Verhandlungen zwischen den nationalen und regionalen Konfliktparteien sowie den betroffenen Bevölkerungen der einzig realistische Weg. Das gilt auch dann, wenn die Aufnahme von Verhandlungen politische Zugeständnisse wie die Anerkennung der neuen Machthaber und die Einigung auf einen Kompromiss unvermeidlich macht.

Auch Deutschland sollte im Interesse einer wertegeleiteten Außenpolitik einen Beitrag dazu leisten, dass die Krise auf diplomatischem Wege bewältigt werden kann, anstatt uneingeschränkt den Konfrontationskurs der ECOWAS zu unterstützen, der auch innerhalb der ECOWAS-Mitgliedstaaten sowie der Afrikanischen Union umstritten ist. Für Deutschlands Kooperation mit Niger lassen sich daraus drei mögliche Handlungsoptionen ableiten, die aber sämtlich mit Risiken und Nachteilen behaftet sind.

Die erste Option wäre, die Zusammenarbeit mit Niger bis zur Rückkehr des Landes zu einer demokratischen Regierungsform auszusetzen und bis dahin lediglich humanitäre Hilfsleistungen weiter zu gewähren. So ließen sich das Risiko, dass Deutschland die Militärjunta unterstützt, minimieren und gleichzeitig die Auswirkungen der Krise auf die Bevölkerung abmildern. Problematisch an dieser Option wäre jedoch, dass damit gemeinsame, längerfristige entwicklungs- und sicherheitspolitische Ziele, beispielsweise in den Bereichen Ernährungssicherung oder Ertüchtigung der nigrischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen dschihadistische Gruppen, auf unbestimmte Zeit aufgegeben würden. Das entstandene Vakuum könnten autoritäre Mächte wie Russland, China oder die Türkei nutzen, um ihren geopolitischen Einfluss in der Region auszubauen.

Eine zweite Option läge darin, im Sinne längerfristiger Ziele eine Wiederaufnahme der Kooperation mit Niger anzustreben, selbst wenn dies eine Zusammenarbeit mit der Militärjunta voraussetzt. Allerdings birgt diese Option die Gefahr, die autoritären Machthaber und ihre Strukturen weiter zu stärken. Zum Beispiel könnten Nigers neue Machthaber die für die Bekämpfung dschihadistischer Gewaltakteure zur Verfügung gestellten Mittel und Methoden missbrauchen, um effektiver gegen Systemkritiker*innen vorzugehen. Auch könnte ein Alleingang Deutschlands Spannungen mit der ECOWAS und innerhalb der Europäischen Union erzeugen. Zudem wäre mit einer negativen Signalwirkung an andere prospektive

²⁹ Service d'Information du Gouvernement Burkina Faso, Charte deu Liptako-Gourma instituant l'Alliance de Etats du Sahel (AES), 18. September 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

³⁰ Elise Barthelet, „Putsch au Niger: «Nous sommes prêts à entrer en guerre», menace un ministre du président Bazoum“, *Le Monde*, 14. August 2023, letzter Zugriff 14. November 2023.

Putschisten in der Region zu rechnen. Die jüngsten Entwicklungen in Gabun legen allerdings nahe, dass auch schärfere internationale Reaktionen auf militärische Machtübernahmen den Trend zu Putschen in der Region nicht aufhalten werden.

Als dritte Option und Mittelweg wäre daher eine regierungsferne und bürgernahe Kooperation mit demokratisch orientierten Teilen der Zivilgesellschaft sowie mit den dezentral organisierten Kommunen denkbar, die auch nach dem Putsch weiterhin von gewählten Vertreter*innen verwaltet werden. Bei der Bekämpfung dschihadistischer Gewalt könnte der Fokus beispielsweise auf zivile, präventiv ausgerichtete Konfliktbearbeitungsmethoden gelegt werden. Dabei bestünde allerdings auch die Gefahr, dass ein Vakuum im militärischen Bereich von autoritär ausgerichteten Staaten gefüllt würde. Ohne direkte Einbeziehung der neuen Machthaber und eine damit einhergehende regionale oder nationale Ausrichtung von Programmen oder Projekten wäre bei diesem Ansatz indes zu befürchten, dass Maßnahmen nur geringe Reichweite erlangen, keine Wirkung entfalten oder sogar unbeabsichtigte Folgen haben, sollten sie im Widerspruch zu nationalen Prioritäten stehen. Bereits im Rahmen von Bazoums Politik der „ausgestreckten Hand“ beispielsweise hat sich gezeigt, dass ein Mangel an Koordinierung zwischen militärischen und zivilen Ansätzen im Umgang mit dschihadistischer Gewalt zu gewalttätigen Reaktionen der dschihadistischen Gruppen und damit zu Rückschlägen für die Friedensbemühungen führen kann. In jedem Fall würde auch dieser Ansatz voraussetzen, dass Maßnahmen von der Militärregierung autorisiert würden. Das hieße, dass sich eine direkte Kooperation nicht vermeiden ließe.

Lisa Tschörner ist Wissenschaftlerin im Projekt „Megatrends Afrika“ und der Forschungsgruppe Afrika und Mittler Osten der SWP.

Megatrends Afrika

ist eine Kooperation von SWP, IDOS und IfW. Die Publikationen geben die Auffassung der Autor*innen wieder. Die Veröffentlichungen des Forschungsprojekts durchlaufen intern ein Begutachtungsverfahren.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik | Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

IDOS German Institute of Development and Sustainability

IfW Kiel Institut für Weltwirtschaft

www.megatrends-afrika.de
megatrends-afrika@swp-berlin.org

ISSN 2747-4283

DOI 10.18449/2023MTA-KA07

Gefördert durch: